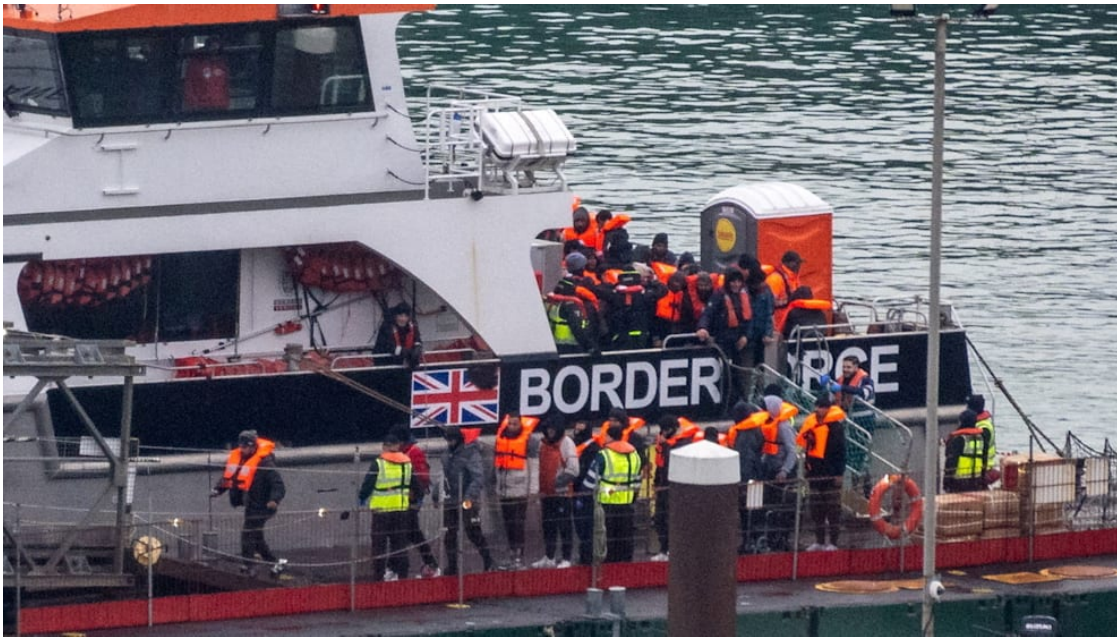


Wie die Dänen

Radikale Asyl-Wende bei den Briten



Migranten verlassen ein Schiff der britischen Grenzschutzbehörde bei ihrer Ankunft im Hafen von Dover

Foto: Chris J Ratcliffe/REUTERS

16.11.2025 - 09:10 Uhr

[Artikel anhören](#)

1x

-02:27

London – Die Zahl der Migranten nach Großbritannien – legale wie illegale – explodiert seit Jahren. Jetzt reagiert die Labour-Regierung und kündigt Knallhart-Reformen an, um zunächst die illegale Einwanderung zu bremsen.

Großbritannien will seine Asylpolitik nach dem Vorbild Dänemarks grundlegend verschärfen und plant die größte Reform seit Jahrzehnten. Flüchtlinge würden „gezwungen, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, sobald dieses als sicher eingestuft wird“, erklärte das Innenministerium am Samstag.

Regierung reagiert auf Katastrophen-Umfragewerte

Außerdem soll die gesetzliche Pflicht zur Unterstützung bestimmter Asylbewerber, etwa durch Wohnraum und wöchentliche Zahlungen, aufgehoben werden, wie das Innenministerium am Samstag mitteilte.

Die Labour-Regierung reagiert damit auf die Umfragen: Die deuten darauf hin, dass bei der

nächsten Wahl erstmals die Partei „Reform UK“ von Nigel Farage gewinnen würde und nicht wie sonst immer Labour oder die konservativen Tories.

Inspiration holt sich Labour aus Dänemark: Dort ist die „Null-Flüchtlings“-Politik von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ist nicht nur populär – ihr ist es zu verdanken, dass die Sozialdemokraten seit sechs Jahren regieren und Rechtspopulisten kaum Auftrieb haben. In Dänemark ist die Zahl der erfolgreichen Asylanträge auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren – und 95 Prozent der abgelehnten Antragsteller werden abgeschoben.



Shabana Mahmood (45), seit September die Innenministerin Großbritanniens

Foto: Carlos Jasso/PA Wire/dpa

„Großbritanniens goldenen Pass für Asylanten abschaffen“

„Ich werde Großbritanniens goldenen Pass für Asylsuchende abschaffen“, erklärte Innenministerin Shabana Mahmood. Derzeit erhalten Menschen mit Flüchtlingsstatus diesen für fünf Jahre, danach können sie eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis beantragen und schließlich die Staatsbürgerschaft. Die Innenministerin will nun die Dauer des Flüchtlingsstatus auf 30 Monate verkürzen. Dieser Schutz werde „regelmäßig überprüft“, und Flüchtlinge müssten in ihre Herkunftsländer zurückkehren, sobald diese als sicher gelten.

Nicht nur das: Das Ministerium beabsichtigt, Flüchtlinge, denen Asyl gewährt wird, 20 Jahre warten zu lassen, bevor sie einen Antrag auf langfristigen Aufenthalt im Vereinigten Königreich stellen können. Derzeit sind es fünf Jahre.

Menschenrechtsgruppen und Wohltätigkeitsorganisationen sind auf der Zinne. Mehr als 100 britische Organisationen forderten die Innenministerin in einem Brief auf, „die Sündenbockpolitik und die Scheindebatten, die nur Schaden anrichten“, zu beenden.

Haben Sie eine Meinung zu diesem Artikel? Hier können Sie uns schreiben.

Haben Sie Fehler entdeckt? Dann weisen Sie uns gern darauf hin.